

Rechtsruck in Chile: Ausgang und Folgen der chilenischen Parlamentswahlen

Radseck, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Radseck, M. (2002). *Rechtsruck in Chile: Ausgang und Folgen der chilenischen Parlamentswahlen*. (Brennpunkt Lateinamerika, 4). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443271>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 4

28. Februar 2002

ISSN 1437-6148

Rechtsruck in Chile

Ausgang und Folgen der chilenischen Parlamentswahlen

Michael Radseck

Chiles Rechte befindet sich weiter im Aufwind. Mit einem Zuwachs um sechs Prozentpunkte auf über 44% der abgegebenen Stimmen konnten die im oppositionellen Wahlbündnis „Alianza por Chile“ zusammengeschlossenen Parteien RN (Renovación Nacional) und UDI (Unión Demócrata Independiente) bei den jüngsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum (halberneuten) Senat ihr bis dato bestes Ergebnis bei Parlamentswahlen erzielen. Damit bestätigt sich ein Trend, der sich spätestens seit den Wahlgängen vom Dezember 1999 (Präsidentenwahlen) und Oktober 2000 (Kommunalwahlen) abzeichnet: Der Andenstaat scheint mittelfristig auf einen Machtwechsel zu steuern, wenn bei den Präsidentenwahlen 2005 der amtierende Sozialist Ricardo Lagos – jedenfalls nach dem Willen der rechten Opposition – durch Joaquín Lavín (UDI) an der Spitze des Staates abgelöst werden soll. Größter Stolperstein Lavíns auf diesem noch langen und steinigen Weg ist die in sich zerstrittene chilenische Rechte selbst. Daneben werden beider Herren Schicksale entscheidend vom zukünftigen Kurs der – abermals von den Wählern abgestraften – Christdemokratie abhängen: Sollte der PDC (Partido Demócrata Cristiano) aus dem regierenden Mitte-Links-Bündnis der „Concertación“ vorzeitig ausscheren, dürfte die seit dem Ende der Diktatur (1990) weitgehend unveränderte Parteienlandschaft in Bewegung geraten.

Nicht wenige wollten den Wahlgang als eine historische Wahl oder gar als eine Zeitenwende begreifen: Erstmals seit 1964 haben Chiles Christdemokraten, die für sich noch stets die politische Mitte beansprucht und einen Führungsanspruch im Parteienspektrum angemeldet hatten, ihren Status als traditionell stärkste Einzelpartei verloren. Ihrer statt hat nun mit der UDI – erstmals überhaupt in der neueren chilenischen Geschichte – eine am rechten Rand des Parteienspektrums stehende Gruppierung diesen Status

inne. Beeindruckend sind die Stimmenzuwächse, die die Rechtsaußenpartei bei den Parlamentswahlen 2001 verzeichnen konnte: Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen 1997 konnte die UDI mehr als 700.000 Wähler hinzugewinnen und ihren Stimmenanteil damit nahezu verdoppeln; verglichen mit den demokratischen „Gründungswahlen“ vom Dezember 1989 entspricht ihr im Dezember 2001 erzielter Stimmenanteil von 25,2% sogar einem Zuwachs von fast 150% (s. folgende Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlen zum chilenischen Abgeordnetenhaus, 1989, 1993, 1997 und 2001
Die Stimmenanteile der Parteien im Vergleich

	2001	1997	1993	1989
Concertación [Mitte-Links-Regierungsbündnis]	47,9	50,5	55,4	51,5
PDC (Partido Demócrata Cristiano)				
PS (Partido Socialista)	18,9	23,0	27,1	26,0
PPD (Partido por la Democracia)	10,0	11,0	11,9	5,3 (1)
PRSD (Partido Radical	12,7	12,6	11,8	11,5
Socialdemócrata) (2)	4,1	3,1	3,8	3,9
Unabhängige				
	2,2	0,8	0,8	9,1
Alianza por Chile [Rechtes Oppositionsbündnis] (3)	44,3	36,3	36,7	34,2
RN (Renovación Nacional)	13,8	16,8	16,3	18,3
UDI (Unión Demócrata Independiente)	25,2	14,5	12,1	9,8
Regionalparteien u.				
Unabhängige	5,3	5,0	5,1	6,1
UCCP (Unión de Centro-Centro				
Progresista)		2,1(4)	3,2	
Außerparlamentarische Linksparteien				
PC (Partido Comunista) u.a. (5)	5,2	7,5	6,4	(5,3)
PH (Partido Humanista) u.a. (6)	1,1	2,9	1,4	1,0
Sonstige Parteien u. Unabhängige (7)	1,5	0,7	0,1	9,0

Quelle: www.elecciones.gov.cl

(1) 1989 waren Teile der Partei (sog. Almeyda-Flügel) gemeinsam mit vereinzelt Kommunisten als *Unidad para la Democracia* mit einer eigenen Liste angetreten.

(2) 1993 noch getrennt als *Partido Radical* und *Partido Socialdemocracia* angetreten, 1989 nur *Partido Radical*.

(3) 1997 als *Unión por Chile*, 1993 als *Unión por el Progreso de Chile*, 1989 als *Democracia y Progreso* angetreten.

(4) 1997 als Chile 2000 mit einer eigenen Liste angetreten; seit Juni 1998 unter dem Namen UCC (*Unión de Centro Centro*) firmierend.

(5) 1997 als *La Izquierda*, 1993 als *Alternativa Democrática de Izquierda*, 1989 nur einzelne Kandidaten gemeinsam mit einem Flügel der PS als *Unidad para la Democracia* angetreten.

(6) 1993 als *La Nueva Izquierda*, 1989 zusammen mit *Partido Los Verdes* auf der Liste der *Concertación* angetreten.

(7) U.a.: *Partido Liberal* (2001, 1989), *Partido del Sur* (1989), *Partido Nacional* (1989), *Avanzada Nacional* (1989), *Partido del Sur* (1993, 1997) und *Partido Nacional* (1993) traten fortan im Wahlbündnis *Unión por el Progreso* bzw. *Unión por Chile* an.

Von *doblajes* und strategischen Kandidaturen: Chiles binominales Wahlsystem

Dem kometenhaften Aufstieg der (Ultra-)Rechten zum Trotz, vermochte das regierende Mitte-Links-Bündnis seine absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus, wenn auch knapp, zu behaupten (s. Tabelle 2). Der Hinweis darauf, dass die Stimmenverluste der Christdemokraten durch Gewinne auf Seiten der Regierungslinken und „unabhängiger“ Kandidaten der *Concertación* praktisch wieder wettgemacht wurden ist zwar in der Sache richtig, hier aber als Erklärung irreführend. Denn die *Concertación* hätte ihre Mehrheit im Unterhaus auch ohne diese Zugewinne von Sozialisten und Sozialdemokraten behalten. Anders jedoch hätten sich für diesen Fall die koalitionsinternen Machtverhältnisse dargestellt: Sie wären dann sehr viel mehr zugunsten der PDC ausgefallen.

Dass Stimmenverschiebungen unter Bündnispartnern bei der Zuteilung der Mandate sehr viel stärker ins Gewicht fallen als solche zwischen zwei gegnerischen Wahlblöcken, liegt im binominalen Wahlsystem begründet, das in Chile seit der Rückkehr zur Demokratie bei der Bestellung beider Parlamentskammern zur Anwendung kommt: Nicht die von den Kandidaten (einzeln Parteien) erzielten Stimmenanteile, sondern die Gesamtstimmenzahl einer jeden Partei- bzw. Bündnisliste entscheidet hiernach über die Verteilung der jeweils zwei Abgeordnetenmandate (respektive Senatssitze) in den landesweit 60 (respektive 19) Zweierwahlkreisen. Gewählt sind damit in der Regel die jeweils Stimmenersten der beiden stärksten Blöcke. Nur für den Fall, dass der stimmenstärkste Block mehr als doppelt so viele Stimmen wie die zweitplatzierte Liste auf sich vereinigen sollte, fallen diesem beide Abge-

ordneten- bzw. Senatorensitze zu.¹ Tendenziell wird also in der Regel die (an Wahlböcken gemessene) erste Minderheit begünstigt, weshalb der chilenische Wahlmodus streng genommen weder als Mehrheits- noch als Verhältniswahl firmieren kann.

Bedingt durch das binominale Wahlsystem war deshalb die *Concertación* als stärkster Block zwecks Stimmenmaximierung in der Vergangenheit noch stets bemüht, das Kunststück der sogenannten *doblaje* zustande zu bringen: Zwei politische Schwergewichte aus Christdemokratie und Regierungslinker werden auf ein und dieselbe Liste eines Wahlkreises gesetzt, in der Hoffnung, diese mögen zusammen mehr als doppelt so viele Stimmen auf sich versammeln als ihre vereinten Gegner der rechten Oppositionsparteien. 1997, bei den Wahlen zum Unterhaus, war der Mitte-Links-Koalition diese Dopplung, also die Wahl beider Regierungskandidaten in einem Wahlkreis, noch elf Mal geglückt; in 2001 gelang ihr dies nur noch in vier Wahlkreisen. Diese – und nur diese – der *Concertación* in 2001 verloren gegangenen *doblajes* zeichnen denn auch für die sieben, an die *Alianza* abgegebenen Abgeordnetenmandate verantwortlich. Insofern war die Strategie der Rechten, nicht auf den Ausbau ihrer eigenen Hochburgen in Erwartung eigener *doblajes* zu setzen, sondern ihre prominenten Zugpferde vor allem in solchen Wahlkreisen aufzustellen, wo es galt, die *doblajes* der *Concertación* zu brechen, durchweg aufgegangen.

Die Niederlage der Christdemokraten: Folge auch taktischer Fehler?

Was der PDC darüber hinaus an Abgeordnetenmandaten eingebüßt bzw. die UDI an Sitzen im Unterhaus hinzugewonnen hat, ist dagegen allein die Folge koalitionsinterner Stimmenverschiebungen. Das heißt im Falle der Christdemokraten: Allein sieben ihrer Abgeordnetensitze hat sie an die linksliberale PPD (*Partido por la Democracia*) sowie an unabhängige Kandidaten abtreten müssen. Selbst wenn dies am Ende nicht nur von der

eigenen Schwäche, sondern auch von der Stärke des sozialdemokratischen Koalitionspartners zeugt, wird man bei der Suche nach den Ursachen für die Stimmenverluste der Christdemokraten an den hausgemachten Fehlleistungen der PDC nicht vorbeikommen. Die nicht enden wollende Führungskrise und die Reibungsverluste, wie sie der Partei immer wieder durch heftige Flügelkämpfe entstehen, dürften den PDC-Kandidaten auch bei diesen Wahlen schwerlich zum Vorteil gereicht haben.

Dazu kam, dass sich die Parteiführung der Christdemokraten zur Jahresmitte 2001 einen *faux pas* der ganz besonderen Art geleistet hatte: Wegen eines Formfehlers bei der offiziellen Einschreibung ihrer Kandidaten, drohte die Partei gänzlich von den Wahlen ausgeschlossen zu werden. Nur eine über Nacht aus dem Boden gestampfte und im parlamentarischen Eilverfahren verabschiedete *Lex Democracia Cristiana*, die den Wahltermin und damit auch die Anmeldefrist für alle Kandidaten um eine Woche aufschob, konnte am Ende eine größere Katastrophe für den PDC verhindern. Der Rücktritt Ricardo Hormazábal vom Parteivorsitz mitten im Wahlkampf war so gesehen ein weit kleineres Übel, zumal mit Ex-Präsident Patricio Aylwin schnell ein Ersatz gefunden wurde und damit der – seit 1999 – sechste (Interims-)Vorsitzende sich fortan im Amt des Parteivorsitzenden versuchen durfte.

Versucht, wenn auch gründlich verkalkuliert, hatten sich die PDC-Oberen auch bei der taktischen Aufstellung ihrer Kandidaten. In offensichtlicher Selbstüberschätzung verfolgte man die Strategie, jenseits der eigenen, bisher gehaltenen und sicher geglaubten Senatorensitze der Regierungslinken ihre angestammten Senatsposten dadurch streitig machen zu können, indem man starke, der Wiederwahl verdächtige PDC-Abgeordnete (Aldo Cornejo, Miguel Hernández, Enrique Krauss, Roberto León, Ignacio Walker) auf die Senatsdistrikte der – dann freilich ausnahmslos wiedergewählten – Herren Jaime Gazmuri (PS), Roberto Muñoz (PPD) Ricardo Nuñez (PS) und Carlos Ominami (PS) ansetzte. Die solcherart verwaisten Abgeordneten-Wahlkreise wiederum glaubte man im Handumdrehen auch durch weniger populäre Kandidaten einkassieren zu können.

Das aber war frommes Wunschdenken, wie sich am Wahlabend des 16. Dezember 2001 herausstellte: Angetreten mit neun Senats- und 54 Abgeordneten kandidaten, sprangen für die Christdemokraten am Ende – einem Wahldebakel gleich – nur zwei Sitze im Oberhaus sowie 34 in der Abgeordnetenkammer heraus. Weder hatten die angeblichen Hoffnungsträger der PDC sich

¹ Derlei Wahlarithmetik kann bisweilen dazu führen, dass ein starker Stimmenzweiter in einem Wahlkreis das Nachsehen gegenüber einem vergleichsweise schwachen Stimmendritten (der zweitstärksten Liste) hat. Das bekannteste Opfer dieser spezifischen Wahlgesetzgebung war in der Vergangenheit der heute amtierende Staatspräsident Ricardo Lagos, der sich 1989 um den Einzug in den Senat beworben hatte. Obschon Lagos mit 30,6% der Stimmen deutlich vor dem Stimmendritten Jaime Guzmán (17,2%) lag, durfte 1990 der UDI-Mitbegründer und geistige Ziehvater Joaquín Lavín in das Oberhaus einziehen.

bei den Senatswahlen gegen die Kandidaten von PS (*Partido Socialista*) respektive PPD durchsetzen können – was umgekehrt der Regierungslinien mit Jaime Naranjo (PS) und Nelson Ávila (PPD) in zwei Fällen gegen die Christdemokraten gelang –, noch war die Vererbung der ehemals angestammten Abgeordnetensitze an den Führungsnachwuchs der Partei gelungen. Dazu gesellten sich in ihrer Höhe vernichtende Niederlagen, wie diejenige des ehemaligen Parteivorsitzenden Enrique Krauss, der bei den Wahlen zum Senat listenintern gegen einen *Newcomer* aus der PPD angetreten war. Krauss' haushohe Niederlage gegen Fernando Flores, einen dynamischen Jungunternehmer, mag zweierlei vor Augen führen: Chiles Wähler streben in der Politik nach neuen, unverbrauchten Gesichtern; insofern dürfte nun die Stunde des Generationenwechsels auch bei den Christdemokraten definitiv geschlagen haben. Und: Ein finanziell gut ausgestatteter und mit modernen Marketingmethoden inszenierter Wahlkampf, ganz so wie ihn Flores geführt hat, ist längst nicht mehr nur das Markenzeichen populistischer Rechter.

Der zweite Verlierer: Die liberale Rechte um Sebastián Piñera (RN)

Ähnlich wie der PDC innerhalb der *Concertación* musste im Lager der *Alianza* die RN (*Renovación Nacional*) als die gemäßigtere der beiden Rechtsparteien Federn lassen. Tatsächlich muss deshalb neben den Christdemokraten die liberale Rechte als zweite große und wiederholte Verliererin (auch) dieser Parlamentswahlen gelten. Dabei war das traditionelle Prestigeduell zwischen beiden Rechtsparteien schon im Vorfeld der Wahlen – bei der wegen des Wahlsystems vorentscheidenden Kandidatenaufstellung – klar zugunsten der UDI entschieden worden. Nach heftigem Streit und unter lautem Protest hatte im Juni 2001 zunächst Alberto Cardemil (RN) nicht nur auf eine eigene Senatskandidatur verzichtet, sondern in der Folge auch den Parteivorsitz über RN niedergelegt. Mit Sebastián Piñera als Cardemils (liberalem) Nachfolger an der Parteispitze hatte sich sodann die Hoffnung eines vielversprechenden Neuanfangs für RN verbunden.

Umso größer war die Überraschung als im August 2001 auch Piñera auf eine Senatskandidatur in der wichtigen, da bevölkerungsstarken, fünften Region um die Hafenstadt Valparaíso verzichtete. Hintergrund war, dass der Parteivorsitzende von RN listenintern gegen den Admiral

Jorge Arancibia hätte antreten müssen. Der Admiral hatte sich, noch im Amt als Marinechef und nach geheimen Absprachen mit der UDI, im Juni 2001 dazu entschlossen, vom Oberkommando der Kriegsmarine vorzeitig zurückzutreten, um sich (ganz) der Politik zu widmen und als zweiter „unabhängiger“ Spitzenkandidat der *Alianza* in eben jenem Wahlbezirk Piñeras ins Rennen um einen Senatorenposten zu gehen. An ein nach außen hin geschlossenes Auftreten der *Alianza* wäre bei einem solchen, in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Schaukampf Piñera-Arancibia nicht mehr zu denken gewesen. Inwieweit allein die Überzeugungskünste Joaquín Lavíns als unumstrittene Galionsfigur der Rechten oder aber nachhaltiger politischer Druck (auch durch das Militär) Piñera von seiner Kandidatur abtücken ließen, sei hier dahingestellt. In jedem Fall waren die handfesten Auseinandersetzungen zwischen RN und der UDI auch nach Piñeras Rückzieher mitnichten *ad acta* gelegt. Im Gegenteil: Am Ende forderten sie sogar ein Todesopfer, als ein Wahlkampfhelfer von RN in einem Handgemenge mit UDI-Aktivisten sein Leben lassen musste.

Die ewigen Verlierer: Kommunisten und Humanisten

Dass sich die Parteien in Chile überhaupt zu Wahlallianzen zusammenschließen (müssen) und damit der eigentliche politische Wettbewerb im Wahlkreis unter den Bündnispartnern stattfindet, hängt mit der Gefahr zusammen, andernfalls nur drittstärkste Kraft zu werden. Die aber geht – und das lag seinerzeit (1988/89) ganz im Kalkül des (militärischen) Gesetzgebers – stets leer aus. So haben Kommunisten und andere, nicht im Wahl- und Regierungsbündnis der *Concertación* vertretene Linksparteien auch bei diesen – seit 1989 vierten – Wahlen zum Kongress, und trotz einzelner Wahlabsprachen mit den Sozialisten, in keinem einzigen Wahlkreis den Sprung ins Unterhaus geschafft. Dies gilt erst recht für die Wahlen zum Senat, sind die Zweierwahlkreise doch hier sehr viel größer und sozial heterogen. Beide großen Blöcke – *Concertación* und *Alianza* – teilen deshalb in der Regel die Senatssitze hälftig unter sich auf. So auch dieses Mal: Neun Mandate fielen an das Regierungsbündnis, neun an die Wahlallianz der Rechten. Damit hat sich im Oberhaus nun insgesamt (wieder) ein Stimmpatt zwischen Regierung und Opposition eingestellt (s. folgende Tabelle 2).

**Tabelle 2: Die künftige Sitzverteilung im chilenischen Kongress
(ab dem 11. März 2002)**

	Abgeordneten- kammer	Senat		
		Gewählt (*)	Ernannt (**)	Senatoren auf Lebenszeit
Concertación [Mitte-Links- Regierungsbündnis]	63 (-7)	20 (+/-0)	3	1 (Eduardo Frei, seit 21.03.2000)
PDC	24 (-14)	12 (-2)		
PPD	20 (+4)	3 (+1)		
PS/PRSD (***)	16 (+/-0)	5 (+1)		
Unabhängige	3 (+3)			
Alianza por Chile [Rech- tes Oppositionsbündnis]	56 (+11)	18 (+/-0)	6	[1] (Augusto Pinochet, seit 11.03.1998, jedoch vom Amt suspendiert seit 14.08.2000)
UDI	31 (+9)	9 (+1)		
RN	17 (-5)	6 (+/-0)		
Unabhängige				
u.a. (****)	8 (+8)	3 (+/-0)		
UCCP (*****)	0 (-1)	0 (-1)		
Sonstige	1 (-4)			
Gesamt	120	38	9	1

Quelle: www.elecciones.gov.cl; www.camara.cl; www.senado.cl

Die Klammerwerte beziehen sich auf die – im Vergleich zur auslaufenden Legislaturperiode – hinzugewonnenen bzw. verlorenen Mandate.

(*) Dieser Teil des Senats wird alle vier Jahre halberneuert.

(**) Diese insgesamt neun Senatoren wurden im Dezember 1997 verfassungsgemäß auf acht Jahre vom Nationalen Sicherheitsrat (4), dem Obersten Gerichtshof (3) und dem seinerzeitigen Staatspräsidenten Eduardo Frei (2) ernannt.

(***) PS und PRSD bilden in der nächsten Legislaturperiode eine gemeinsame Fraktion im Unterhaus.

(****) Admiral i.R. Jorge Arancibia kandidierte zwar als „Unabhängiger“ auf der Liste der *Alianza*, trat aber zwei Tage nach seiner Wahl zum Senator erwartungsgemäß der UDI bei. Sein Mandat wurde bei dieser Auflistung deshalb dem Konto der UDI gutgeschrieben.

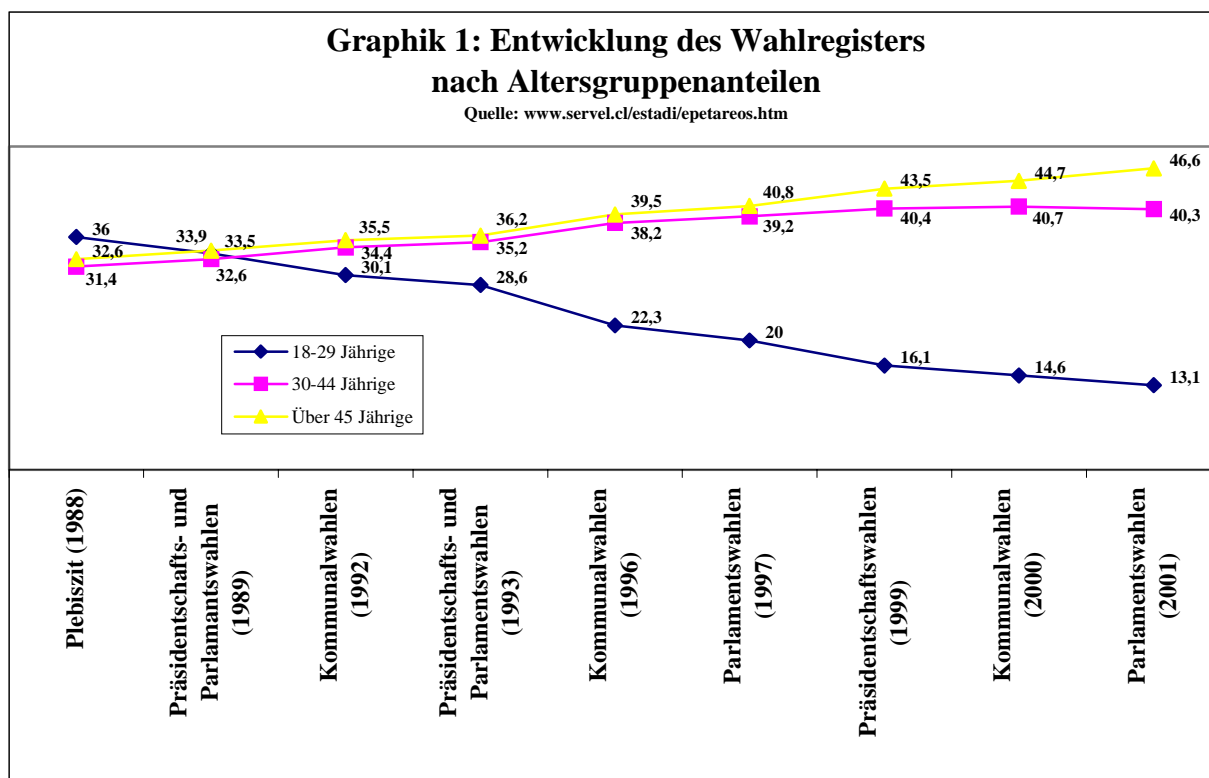
(*****) Das Senatorenamt von Francisco Javier Errázuriz (UCCP) ruhte zuletzt aufgrund eines gegen ihn laufenden Gerichtsverfahrens. Deshalb verfügte die rechte Opposition im Oberhaus nurmehr über 17 gewählte Senatoren.

Das binominale Wahlsystem: Der Demokratie in Chile nur förderlich?

Der vergleichende Blick auf Wahlergebnisse (Tabelle 1) und Sitzverteilung (Tabelle 2) zeigt aber auch: Das binominale Wahlsystem bildet die eigentlich in drei ideologische Blöcke aufgeteilte, in sich hoch fragmentierte Parteienlandschaft Chiles – unter Ausschluss der radikalen Linken – in ein bipolares Mehrparteiensystem im Kongress ab. *En passant* sorgt sein Ausschlussmechanismus für dritte Kräfte auch dafür, dass die Anzahl der bei Parlamentswahlen antretenden Parteien seit 1989 stetig gesunken ist (2001: 9 Parteien; 1997: 11 Parteien; 1993: 14 Parteien; 1989: 15 Parteien). Diese Entwicklungen sind unter Konzentrations-, Stabilitäts- und Regierbarkeitsaspekten durchaus positiv zu bewerten. Allerdings ist der systembedingte, dauerhafte Ausschluss der Kommunisten und Humanisten aus dem Parlament dem Ziel einer Aussöhnung der hochgradig polarisierten Gesellschaft nicht gerade förderlich. Selbiges gilt für den – bislang ausstehenden – gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens, das um-

strittene, autoritäre Verfassungserbe betreffend. Ins parlamentarische Tagesgeschäft eingebunden, so stünde zu erwarten, dürften über kurz oder lang auch die Kommunisten von ihrer dogmatischen Position eines „Systemgegners“ abrücken. Indirekt würde deshalb bei Einbindung aller maßgeblichen politischen Kräfte in das politische System auch ein positiver Beitrag zur demokratischen Konsolidierung des Landes geleistet.

Nicht ausgemacht ist unter Kommentatoren, ob ein in Richtung Verhältniswahl verändertes Wahlsystem oder ein veränderter Wahl(einschreibe)modus neue Anreize schaffen würden, um dem Phänomen der seit 1988 vor allem unter den 18- bis 29-Jährigen stetig steigenden Zahl an Nichtwählern wirksamen Einhalt zu gebieten (s. folgende Graphik 1). Bei den Parlamentswahlen 2001 hatte sich jeder fünfte Wahlberechtigte erst gar nicht in die Wahlregister eingeschrieben (dies geschieht freiwillig). Weitere 2 Millionen Chilenen hatten sich der Wahl enthalten (und damit die Wahlpflicht verletzt) oder ungültig abgestimmt.



Dass das derzeit gültige Wahlsystem die Aufteilung der Mandate unter beiden großen Blöcken im wesentlichen vorwegnimmt und kleinere Parteien ohne Bündnispartner *a priori* von der Sitzverteilung ausschließt, mag manchen Wähler (insbesondere aus dem Umfeld der außerparlamentarischen Linken) davon abhalten, überhaupt zu den Urnen zu schreiten bzw. sich in die Wahlregister einzuschreiben. Daran dürfte auch ein modifizierter Einschreibemodus, der die Wähler künftig automatisch registrieren und die Stimmabgabe zu einer freiwilligen machen soll, wenig ändern. Sollte hingegen die Wahlenthaltung, wie sie unter den Jung- und Erstwählern – und hier insbesondere unter den jungen Frauen² – in zunehmend besorgniserregendem Ausmaß zu beobachten ist (s. Graphik 1), Ausdruck eher eines

generellen politischen Desinteresses denn einer durch das System beförderten Politikverdrossenheit sein, dann dürften am Ende auch von einer Wahlsystemänderung keine entscheidenden Impulse zur Mobilisierung neuer Wähler ausgehen. Wenn überhaupt, dürften neue Wählerschichten in Chile auch künftig vor allem von politischen *Newcomern* angesprochen werden – immer vorausgesetzt, diese wissen sich mittels eines professionellen Politik-Marketings geschickt in Szene zu setzen und ihre meist populistischen Botschaften erfolgreich medial zu vermitteln. Nicht von ungefähr scheint gerade die UDI mit ihrem im Vergleich zu anderen Parteien deutlich jüngeren Kandidatenprofil und in Kombination mit dem ebenso finanzstarken wie eingespielten Lavínschen Wahlkampfapparat überproportional viele Neuwähler mobilisiert zu haben – insgesamt waren in 2001 311.000 mehr Wähler als 1997 zu den Urnen geschritten.

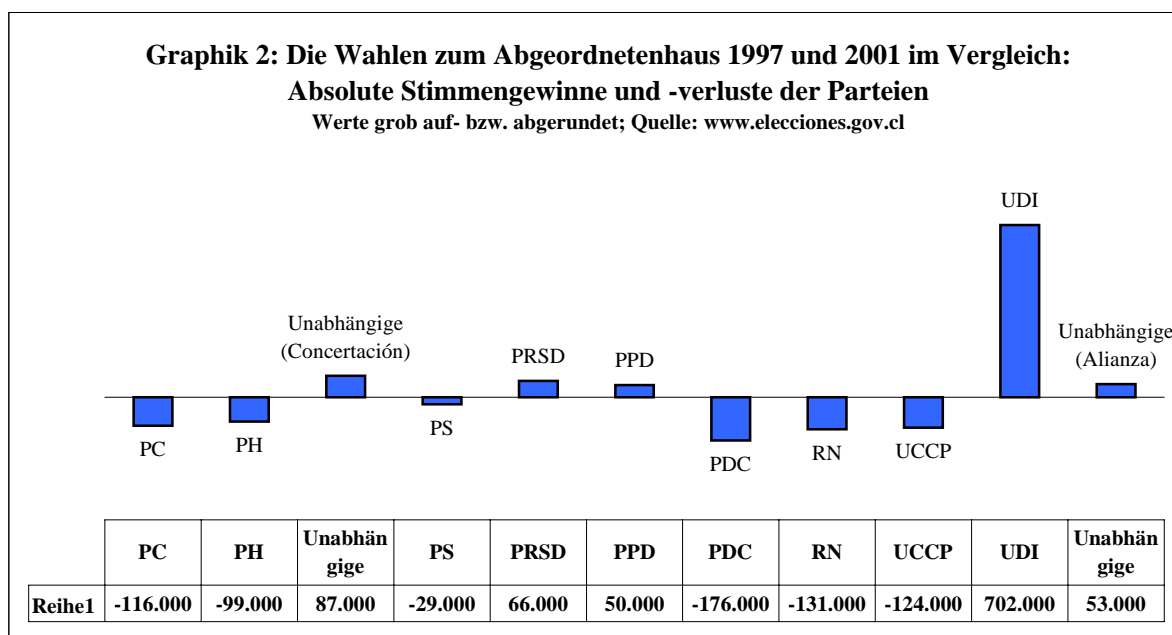
Woher kommen die über 700.000 neuen Wähler der UDI?

Eine einfache Gewinn- und Verlust-Rechnung der bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1997 und 2001 von den Parteien erzielten absoluten Stimmenanteile – veranschaulicht entlang eines Links-Rechts-Kontinuums (s. folgende Graphik 2) – lässt auf zwei größere Wählerwanderungen bei den Parlamentswahlen 2001 schließen: Während möglicherweise bis zu 200.000 Wähler sich

2 So beträgt der relative Anteil der Erstwählerinnen (18-19 Jahre) respektive der Jungwählerinnen (20-24 Jahre) – gemessen an der Gesamtheit der in die Wahlregister Eingeschriebenen – mittlerweile (2001) nur mehr ein Zehntel respektive ein Fünftel des entsprechenden Vergleichswertes von 1988 (vgl. www.servel.cl/estadi/epatareos.htm). Nicht deshalb nimmt die Bedeutung der weiblichen Wählerschaft insgesamt ab, im Gegenteil: Die Frauen übertreffen die Männer bei zuletzt 4,2 Millionen in die Wahlregister eingeschriebenen Stimmbürgern mit knapp 340.000 Stimmen deutlich (vgl. www.servel.cl/estadi/epsexo.htm). Ende der 80er Jahre hatte diese Differenz noch bei 220.000 Stimmen gelegen.

vom linken Rand (PC, PH) in die politische Mitte, hin zur Regierungslinken (PRSD, PPD) bewegt haben, dürften mindestens 400.000 Wähler

aus dem Umfeld von PDC, RN und UCCP (*Unión de Centro-Centro Progresista*) nach rechts außen zur UDI abgewandert sein.



Die Wählerwanderung von den außerparlamentarischen Linksparteien (PC, PH) hin zur Regierungslinken (Unabhängige, PRSD, PPD) legt die Überlegung nahe, dass fast jeder dritte Sympathisant aus dem Umfeld der radikalen Linken am 16. Dezember 2001 dafür optierte, strategisch zu wählen. Anstatt sich – wie traditionell – für einen Kandidaten der Kommunisten oder Humanisten zu entscheiden und eine solche Stimme damit *a priori* zu einer verlorenen zu machen, konnte etwa mit dem Votum für einen linksgerichteten, „unabhängigen“ Kandidaten der *Concertación*, wenn schon nicht die eigene Partei, so doch wenigstens der ihr ideologisch am nächsten stehende linke Regierungsfügel gestärkt werden. Zu beachten ist, dass diese strategischen Wähler die ohnehin hohe Stimmenkonzentration auf die beiden großen Blöcke (2001: 92,2%; 1997: 86,8%; 1993: 92,1%; 1989: 85,7%) weiter ansteigen lassen, ohne dass sich deshalb auf eine gleichermaßen hohe Konzentration in den „Wählerpräferenzen“ schließen ließe.

Die zweite, hier postulierte Wählerwanderung – von der rechten Mitte nach rechts außen – resultiert aus der folgenden Überlegung: Selbst wenn man die im Dezember 2001 neu hinzugekommenen Wähler (311.000) in ihrer Gesamtheit der UDI zuschlagen wollte und ebenso mit denjenigen Wählern verfahren würde, welche RN (131.000) und UCCP (124.000) verloren haben, bliebe immer noch ein Überschuss von 136.000

UDI- Stimmen bestehen – Stimmen, die offenbar zum Großteil aus dem traditionellen Umfeld der Christdemokraten stammen. Möglicherweise sind die dem PDC verloren gegangenen Stimmen (176.000) sogar in ihrer Gesamtheit an die UDI geflossen. Insofern scheint klar: Ehedem christdemokratische Wähler haben zum hohen Wahlerfolg der UDI entscheidend mit beigetragen.

Erklärungen, welche mit Blick auf die permanente Führungskrise des PDC und die Flügelskämpfe in der Partei vor allem hausgemachte Gründe und „natürliche“ Abnutzungserscheinungen nach elf Jahren als Regierungspartei ins Feld führen, dürften zu kurz greifen, zumal die Regierungslinke ihr Stimmenpotential im Vergleich zu 1997 halten (PS/PRSD +/-0%) oder gar seit 1989 kontinuierlich ausbauen (PPD +1,2%) konnte. Eher schon dürfte das Abwandern der traditionellen PDC-Klientel ins rechte Lager auf den Faktor „Lavín“ zurückzuführen sein. Lavíns enormer Zulauf bei den Präsidentschaftswahlen 1999, die ihn als Kandidaten der Rechten mit 47,5% (1. Wahlgang) respektive 48,7% (Stichwahl) am Ende nur knapp gegenüber Ricardo Lagos den Kürzeren ziehen ließ, war schon seinerzeit allein mit erheblichen „Anleihen“ aus dem Lager der Christdemokraten möglich geworden (vgl. Brennpunkt Lateinamerika Nr. 03-2000). Eine abermals geschickt inszenierte Wahlkampagne, welche die Parlamentswahlen weitgehend „präsidentialisierte“ – der Wahlkampf der rechten

Kandidaten war ganz auf die Person Lavín zugeschnitten und das Stimmvolk war dazu aufgerufen worden, „ein Parlament für Lavín“ zu wählen – vermochte offenbar den Lavín-Bonus auf die UDI als Ganze zu übertragen.

Findet in Chile eine Polarisierung auf Kosten der Zentrumsparteien statt?

Namentlich führende Christdemokraten haben nach der für sie herben Wahlniederlage behauptet, Chiles Wählerschaft habe sich polarisiert, da auf der einen Seite die christliche Mitte (PDC) und die liberale Rechte (RN) geschwächt, auf der anderen Seite die Regierungslinke (PPD, PRSD) gestärkt sowie die Rechtsaußenpartei UDI als klarer Wahlsieger aus den Parlamentswahlen 2001 hervorgegangen sind (El Mercurio, 17.12.2000). Gerade mit Blick auf die linke Hälfte des Parteienspektrums kann die Behauptung jedoch getrost zurückgewiesen werden. Hier wirkt im besonderen der PPD als nachgerade zentripetale Kraft. Verständliche Sorge muss aus Sicht der PDC-Strategen vor allem bereiten, dass der PPD sich mehr und mehr zu einer *catch-all-party* linksliberalen Zuschnitts zu entwickeln scheint, in dessen Sammelbecken sich potentielle Wähler der außerparlamentarischen radikalen Linken ebenso wiederfinden wie gemäßigte Sozialisten und gestandene Sozialdemokraten. Sollte es dem PPD fortan sogar gelingen, auch Wähler aus dem bürgerlich-liberalen Lager zu gewinnen, würde er günstigstenfalls selbst zu einer – linksgerichteten – Zentrumspartei werden.

Auch die Entwicklung rechts von der Mitte muss nicht wirklich Anlass zur Sorge geben. Liberal-konservative Kräfte haben im teils erzkatholischen, teils reaktionären Lager der bürgerlichen Rechten in Chile noch stets einen schweren Stand gehabt. Darüber hinaus ist unübersehbar, dass sich die UDI als ehemalige Pro-Regime-Gruppe und General Pinochet am nächsten stehende Partei in den letzten beiden Jahren – paradoxerweise unter der Fahne des Opus-Dei-Mitglieds Lavín, aber auch aufgrund eines Generationenwechsels – jedenfalls rhetorisch der politischen Mitte zugewandt hat. Dazu gehört, dass die stark verjüngte und politisch unbelastete Führungsriege der UDI die unter dem Militärregime begangenen Greuelthaten, wenn auch nicht strafrechtlich verfolgen, so doch jedenfalls nicht mehr länger leugnen will. Dazu gehört auch ein seit Juni 2000 vorliegender, eigener Verfassungsreformentwurf (vgl. www.udi.cl/docimportantes). Dieser sieht u.a. vor, die Ämter der ernannten Senatoren und die Figur des Senators auf Lebenszeit ersatzlos abzuschaffen sowie den – pari-

tätisch mit Militärs besetzten – Nationalen Sicherheitsrat nicht länger als Wahlgremium (für die Bestellung des Verfassungsgerichts) tagen zu lassen.

Im Gegensatz dazu hatte sich die UDI in früheren Jahren noch stets kategorisch gegen jede Reform der – unter den Militärs 1980 erlassenen – Verfassung ausgesprochen und das Zustandekommen der erforderlichen Zwei-Drittel- bzw. Drei-Fünftel-Mehrheiten zur Verabschiedung entsprechender Reformentwürfe aus den Reihen der *Concertación* insbesondere im Senat immer wieder verhindert. Ricardo Lagos, der zwecks Mehrheitsbeschaffung für seine Regierungsvorhaben nun noch mehr auf die Stimmen aus dem rechten Lager angewiesen ist, dürfte deshalb gespannt darauf sein, wie gewillt die erstarkte UDI nach ihrem jüngsten Wahlsieg sein wird, ihren Worten in der kommenden Legislaturperiode auch Taten folgen zu lassen. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Partei ihre Zustimmung zu den Verfassungsreformen neuerlich, wie schon beim Fall Pinochet (s. Brennpunkt Lateinamerika Nr.8-2001), an für die Mitte-Links-Koalition unakzeptable Bedingungen knüpfen wird. So könnte von der UDI im Gegenzug etwa die Verabschiedung eines Schlusspunktgesetzes für Menschenrechtsverfahren gefordert werden.

Die Reaktion von Lagos auf die Wahlen: Politische Kosmetik

Neben dem strittigen Thema der Verfassungsreformen wird sich das Augenmerk von Staatspräsident Lagos auch 2002 vor allem auf die schleppende Konjunktur und die angespannte Lage am Arbeitsmarkt richten müssen. Mit einem geschätzten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von kaum drei Prozent blieb Chiles Volkswirtschaft im vergangenen Jahr deutlich hinter den Erwartungen der Regierung (6,2%), aber auch hinter den Prognosen ausländischer Beobachter (5,6%, später 4%) zurück. Auch vermögen derzeit allein umfangreiche, staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Erwerbslosenquote unter der signifikanten Zehn-Prozent-Marke zu halten. Abzuwarten bleibt, welche Folgen für den Arbeitsmarkt die im Jahr 2001 verabschiedeten, teils regulierenden, teils liberalisierenden Reformen der Arbeits- und Steuergesetzgebung (der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer wurde ausgeweitet, die Einkommenssteuer gesenkt, die Steuer auf Unternehmensgewinne von 15 auf 17% erhöht) sowie des Kapitalmarktes (die Steuer auf Kapitalgewinne für Ausländer wurde abgeschafft) zeitigen werden. Keinen Aufschub mehr duldet die immer wieder angekündigte, bislang

aber vom Erfolg weitgehend verschonte Armutsbekämpfung, so jedenfalls ließ nach den Wahlen die erstarkte Regierungslinke um den PPD-Vorsitzenden Guido Girardi verlauten. Schließlich harrt, neben der Reform des Gesundheitswesens, auch das Scheidungsgesetz seiner Verabschiedung.

Eingedenk dieser Aufgabenfülle, die es in einem derzeit – wegen der Argentinien-Krise und der lahmen Weltkonjunktur – für Chile wirtschaftlich ungünstigen Umfeld und unter den politischen Unwägbarkeiten einer in ihrem Bestand nicht wirklich gesicherten Regierungskoalition zu meistern gilt, hat Ricardo Lagos den Ausgang der Wahlen noch vor der Sommerpause zu einer – am Ende eher kosmetischen – Kabinettsumbildung genutzt. Dass das Rochademanöver in seinem Kabinett nichtsdestotrotz auf ein vergleichsweise breites Echo in der internationalen Presse stieß, schuldete sich der Ernennung von Michelle Bachelet zur neuen Verteidigungsministerin. Die 50-jährige Sozialistin, die von Berufs wegen eigentlich Ärztin ist und zuletzt das Gesundheitsressort leitete, ist die erste Frau in Lateinamerika überhaupt auf diesem Posten. Dazu kommt, dass Frau Bachelet als Tochter eines pro-Allende eingestellten Luftwaffengenerals³ am eigenen Leib unter dem Pinochet-Regime erfahren hat, was der Verlust von Familienangehörigen sowie Folter und Exil bedeuten. Als „große Geste der Versöhnung“, so Joaquín Lavín, und als Beleg für die „Normalisierung der zivil-militärischen Beziehungen“, so die Deutsch sprechende Ministerin selbst (El Mercurio, 13.1.2002), wurde denn auch weniger die – an sich nicht in Frage zu stellende – Personalentscheidung des Präsidenten als vielmehr deren „Hin-nahme“ durch die Streitkräfte gewürdigt.

Insider indes wissen, dass die neue Verteidigungsministerin längst Teil der etablierten *familia militar* in Chile ist, jenen erlauchten zivil-militärischen Zirkeln also, die in den 90er Jahren viele, ehemals kritisch-pazifistische Geister durch geschickte Kooptation (Vergabe von Stipendien, Lehraufträge an Militärakademien, Beratertätigkeiten im Verteidigungsministerium) besänftigt und „umgedreht“ haben. Bachelets recht verquere Vorstellungen zum „gerechten Krieg“ und zur „grundlegenden Abschreckungsfähigkeit“ (El Mercurio, 13.1.2002) lieferten hierfür zuletzt ein ebenso beredtes Beispiel wie der in diesen Tagen

nun definitiv von der Regierung Lagos beschlossene, auf 660 Millionen US-Dollar bezifferte Kauf von zehn amerikanischen Kampffjets des Typs Lockheed F-16 für die chilenische Luftwaffe (El Mostrador, 31.1.2002).

Bachelets Amtsvorgänger, der ebenfalls Deutsch sprechende Mario Fernández (PDC), der gute Kontakte zum Militär, zur eigenen Partei, aber auch zur rechten Opposition unterhält, wurde derweil erwartungsgemäß zum neuen Präsidialamtschef ernannt. Weil der Christdemokrat mit Alvaro García einen PPD-Mann ablöste, durfte um des Proporzwillen Heraldo Muñoz (PPD), vormalig als Staatssekretär im Außenministerium tätig und zuletzt für den Erfolg Chiles bei den WTO-Verhandlungen mit verantwortlich zeichnend, auf die bislang von Claudio Huepe (PDC) besetzte Stelle des Regierungssprechers rutschen. Daneben wurden mit José Miguel Insulza (Innere), Nicolás Eyzaguirre (Finanzen), Jorge Rodríguez (Wirtschaft) und Soledad Alvear (Äußeres) die wichtigsten Minister in ihren Ämtern bestätigt.

Mario Fernández:

Der neue Aufpasser von Lagos für die PDC?

Vor allen anderen Ministern dürfte dem neuen Präsidialamtschef eine Schlüsselstellung im neuen Kabinett zukommen. Sein Ministerium fungiert traditionell als Schnittstelle zwischen Exekutive und Legislative, und also werden insbesondere strategische Aufgaben des *agenda setting* und der – verbesserungswürdigen – Abstimmung mit den Parteivorsitzenden und Parlamentariern aus Regierung wie Opposition auf ihn zukommen. *En passant* wird Mario Fernández – einem Frühwarnsystem gleich – mögliche Absetzbewegungen der PDC dem Präsidenten augenblicklich vermelden können. Dabei wird er seine eigene Partei umso genauer im Auge behalten müssen, als die Christdemokraten auf ihrem Parteitag im Januar 2002 sich mit Adolfo Zaldívar für einen Parteivorsitzenden aus dem rechten Parteiflügel den sogenannten *colorines* entschieden haben. Damit steht der Regierung nun nicht länger ein der *Concertación* unbedingt loyaler Gewährsmann zur Seite, wie ihn noch Patricio Aylwin als Vorsitzender der Christdemokraten abgegeben hatte. Unter Zaldívars Zepter könnte der PDC, schon um der eigenen Profilierung willen und mit dem strategischen Ziel, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2005 aufzubauen, bereits bald eine kritischere Distanz zur Regierung Lagos einnehmen, wenn nicht sogar auf Konfrontationskurs zu dieser gehen. Lagos wiederum dürfte alles daran setzen, dass ihm das

3 Alberto Bachelet war noch am Tag der militärischen Machtergreifung (11.9.1973) von seinen eigenen Waffenkameraden verhaftet und gefoltert worden und hiernach im März 1974 an den Folgen der Folter in einem Gefängnis verstorben.

Regierungsbündnis während seiner Amtszeit nicht zerbricht. Koalitionsinterne Streitfragen, wie sie etwa beim künftigen Privatisierungskurs von Häfen, Wasserversorgern und Transportunternehmen bereits vorprogrammiert sind, könnten deshalb von dem Sozialisten zugunsten des PDC entschieden werden; zumal das Land jetzt in eine längere Wahlpause eintritt. Die nächsten (Kommunal-)Wahlen stehen erst in zwei Jahren, Ende 2005 dann die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an.

Die Wahlnachlese bei der Rechten: Vom Burgfrieden zum offenen Bruch

Einen „gewaltigen Schritt in Richtung eines Regierungswechsels 2005“ sah Joaquín Lavín noch in der Wahlnacht angesichts des 44-prozentigen Stimmenanteils für die *Alianza por Chile* getan. Gleichwohl: Die Wahlschlacht der Rechten war kaum geschlagen, da traten die traditionellen Machtkämpfe zwischen RN und UDI offener denn je zutage. Vorläufiger Höhepunkt der gegenseitigen Anfeindungen und Beschuldigungen war die öffentliche Behauptung des UDI-Vorsitzenden Pablo Longueira, Sebastián Piñera habe im vergangenen August „aus freien Stücken“ auf seine Senatskandidatur verzichtet. Das brachte das Fass beim Parteichef von RN im Januar definitiv zum Überlaufen: Piñera erklärte die Beziehungen zum einstigen Bundesgenossen kurzerhand als „eingefroren“ und kündigte an, fortan auch Gespräche mit der Regierungskoalition führen zu wollen. Ganz Wagemutige sehen RN aus der Rechtsallianz ausscheren, sich mit den Christdemokraten verbünden und am Ende einen von der PDC und RN gemeinsam getrage-

nen Kandidaten namens Piñera bei den nächsten Präsidentschaftswahlen aufstellen.

Tatsächlich muss das rechte Wahlbündnis einstweilen als zerbrochen gelten, auch wenn beide Parteien eine grundsätzliche Zusammenarbeit nach wie vor für möglich halten. Aus der Traum der Gründung eines gemeinsamen *Partido Popular*? Aus der Traum eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten? Aus der Traum für Lavín? Umfragen vom Dezember letzten Jahres sahen seinen Zenit in der seit den letzten Präsidentschaftswahlen stetig steigenden Gunst des Wählers überschritten (vgl. www.cerc.cl/GraDic01.htm). Sollte die Rechtsallianz definitiv auseinanderbrechen – das Schicksal Lavíns, es wäre besiegt und alles wieder offen.

Quellen:

Chilenische Tagespresse im Internet:

El Mercurio: www.elmercurio.cl
El Mostrador: www.elmostrador.cl
La Tercera: www.latercera.cl

Daten zu Umfragen und Wahlen im Internet:

Ministerio del Interior: www.elecciones.gov.cl
Servicio Electoral: www.servel.cl
Cámara de Diputados: www.camara.cl
Senado: www.senado.cl
Centro de Estudios de la Realidad Contemporánea: www.cerc.cl

Frühere Brennpunkte zu Chile:

Nr. 8-2001: Chile unter der Präsidentschaft von Ricardo Lagos: Eine Bilanz nach seinem ersten Regierungsjahr (Michael Radseck).

Nr. 3-2000: Die Wahl des Sozialisten Lagos zum Präsidenten in Chile: Hintergründe und Perspektiven (Michael Radseck).

Autorennotiz: Michael Radseck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg (www.uni-freiburg.de/abifr); Länderschwerpunkte: Argentinien, Chile und Uruguay; Themenschwerpunkte: Zivil-militärische Beziehungen, Rüstungsentwicklung und Sicherheitspolitik. E-Mail: michael.radseck@politik.uni-freiburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban und Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: €61,50,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,35 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglasis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

Hugo Nochteff / Martin Abeles

Economic shocks without vision

Neoliberalism in the Transition of Economic Systems. Lessons from the Argentine Case

Frankfurt/Main: Vervuert 2000, 176 Seiten, € 22,80, ISBN 3-89354-254-X
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg,
Band 50

In den neunziger Jahren kam es in Argentinien zu einem umfassenden institutionellen Schock, der auf dem basierte, was Ralf Dahrendorf einmal als den „Konservatismus der Sorglosigkeit“ bezeichnet hat. Dieser Schock leitete weder einen neuen Entwicklungsprozess ein, noch förderte er eine Zunahme des systemischen Wettbewerbs. Er akzentuierte vielmehr die Gründe für den relativen, seit jeher bestehenden Stillstand des Landes; er konzentrierte und zentralisierte die wirtschaftliche und politische Macht; er wirkte durch systematische Verletzungen der verfassungsmäßigen Normen; er löste eine zutiefst regressive Einkommensverteilung und einen rapiden Anstieg von Armut aus; er führte zu einem Prozess der Auslandsverschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten, wodurch eine nachhaltige Entwicklung verhindert wird; er verdreifachte die Arbeitslosigkeit und verschärfte die Situation unvollständiger Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte.

Der große Gewinn der 1991 eingeführten Dollar-Peso-Parität war die Abschaffung der Inflation. Alle übrigen Effekte stellen die Nachhaltigkeit der Schocktherapie angesichts der außenwirtschaftlichen Fragilität in Frage, es sei denn es würden wichtige Reformen verwirklicht, von denen einige in diesem Buch skizziert werden. Zu den negativen Wirkungen der Schocktherapie tritt ergänzend hinzu eine Zerschlagung der bestehenden Institutionen, ohne dass die Absicht erkennbar wird, an ihrer Stelle neue effiziente Institutionen zu entwickeln. Beispiele hierfür sind: Die Deregulierung einiger Teilmärkte ohne eine Politik der Marktbildung; die abrupte Handelsliberalisierung ohne Restrukturierungskonzepte und schließlich: die Konzessionen mono- oder oligopolistischer Natur im Bereich der öffentlichen Dienste, ohne den Aufbau von Körperschaften oder Spielregeln zur Preis-, Effizienz- oder Investitions-Kontrolle.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg,

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de - Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IHK>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

Sabine Kurtenbach (Hrsg.)

Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche

Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure

Frankfurt/Main: Vervuert 2001, 254 Seiten, € 24,80,
ISBN 3-89354-254-X

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg,
Band 54

In den vergangenen Jahren hat sich Kolumbien zum sicherheitspolitischen Brennpunkt Lateinamerikas entwickelt. Dies liegt nicht nur daran, dass Kolumbien Schauplatz des ältesten internen Kriegs Lateinamerikas ist, sondern dass Gewalt in diesem Andenstaat ein vielschichtiges Phänomen ist. Neben der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierung und Guerilla wird die Gewalt in dem Andenstaat durch den Drogenhandel und ein hohes Maß an Kriminalität angeheizt. Parallel zur Eskalation der Gewalt hat sich das Engagement regionaler und internationaler Akteure in den vergangenen Jahren verstärkt. Ansatzpunkt für das internationale Engagement war zunächst das Thema Menschenrechte, aber in wachsendem Maß sollen externe Akteure auch bei der Beendigung des Krieges helfen. Der Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung, die das Institut für Iberoamerika-Kunde mit finanzieller Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung im Juli 2000 durchgeführt hat.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg,

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de - Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IHK>